



Main-Tauber-Kreis

Rede von Landrat Christoph Schauder zur Einbringung des Verwaltungsentwurfs des Haushaltsplans 2026 in der Sitzung des Kreistags am Mittwoch, 22. Oktober 2025, im Landratsamt Main-Tauber-Kreis, Sitzungssaal Haus IV

– Es gilt das gesprochene Wort –

„Das Schiff sinkt – Rettung ist noch möglich“

Sehr geehrte Kreisrätinnen und Kreisräte,
liebe Gäste,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wer mich kennt weiß, dass ich Herausforderungen offen anspreche, Lösungen anbiete und auch vor schwierigen Themen nicht zurückschrecke. Wer meine vergangenen Haushaltsreden verfolgt hat, wird außerdem bestätigen, dass ich bereits in den zurückliegenden vier Jahren stets darauf hingewiesen habe, dass die Handlungsspielräume für die Landkreise enger werden und der Wind rauer wird. Bislang habe ich hierbei immer wieder an die Vernunft der politischen Entscheidungsträger appelliert. Gebracht hat das leider wenig.

Vielmehr wurden auch in den zurückliegenden Jahren den Landkreisen **weitere Pflichtaufgaben aufgebürdet oder bestehende ausgeweitet**. Und dies – ich muss es leider so deutlich sagen – oftmals **ohne Sinn und Verstand**.

Im vergangenen Jahr habe ich an dieser Stelle betont, dass die ein oder andere Entwicklung, die für uns zur neuen Realität wurde, unsere schon nicht rosige Finanzprognose an mancher Stelle in den Schatten gestellt hat. Diese Entwicklung setzt sich weiter dramatisch fort.

Gemeinsam haben wir – Kreistag und Verwaltung – in den letzten Jahren **Weichen gestellt**, um auch bei dieser veränderten Lage handlungsfähig zu bleiben. Damit meine ich etwa die **Priorisierung unserer Bauvorhaben** und deren strukturierte Abarbeitung mit einem **engmaschigen Controlling**.

Was uns aber die Luft zum Atmen nimmt, sind die dynamisch aufwachsenden, uns aufgezwungenen Aufgaben, insbesondere das stetige **Draufsatteln bei den Sozialstandards**. Dies bricht uns das Genick und bringt den Kreishaushalt in eine dramatische Schieflage. Lag der Nettozuschussbedarf aus Kreismitteln beim Sozialetat im Jahr 2024 noch bei rund 66 Millionen Euro, nähern wir uns im Jahr 2026 bereits bedenklich der 80 Millionen Euro-Marke.

Ich möchte an dieser Stelle betonen: Jeder Bürger, der ernsthaft Hilfe benötigt, soll diese auch bekommen. Aber man muss **sich ehrlich machen** und anerkennen, dass viele der in den vergangenen Jahren hinzugekommenen Standards schlichtweg nicht mehr bezahlbar sind. Als Beispiel muss ich hier erneut das **Bundesteilhabegesetz (BTHG)** nennen.

Es ist richtig und wichtig, dass jede beeinträchtigte Person so gut wie möglich unterstützt wird. Das ist ein elementares Grundrecht. Es ist aber ein Irrglaube anzunehmen, dass jeder Einzelfall individuell geregelt und gelöst werden kann.

Lassen Sie mich dies anhand einiger Zahlen verdeutlichen: Das Haushaltsvolumen 2026 (ohne AWMT) liegt bei 271,3 Millionen Euro. Davon entfallen rund 125 Millionen Euro auf den Sozialetat. Gut 60 Prozent hiervon, nämlich rund 76,5 Millionen Euro sind nicht auskömmlich finanziert. Das bedeutet, wir stemmen **76,5 Millionen Euro aus kreiskommunalen Mitteln zur Wahrnehmung von Pflichtaufgaben**, die uns vorgegeben werden. Im Sozialetat müssen wir im nächsten Jahr rund 44,5 Millionen Euro an Aufwendungen allein für die Eingliederungshilfe einplanen.

Nachdem ich in den zurückliegenden Jahren immer wieder Verantwortung und Vernunft vom Gesetzgeber gefordert habe – meine letztjährige Haushaltsrede habe ich unter den Titel „Mehr Vernunft wagen“ gestellt – und sich seither bei der Kostendynamik nicht nur nichts geändert hat, sondern die **Lage mittlerweile hochdramatisch** ist, will ich klar auf diesen Missstand hinweisen und stelle meine diesjährige Haushaltsrede unter die Überschrift:

„Das Schiff sinkt“

Die letzten Jahre haben nämlich große Lecks in unser kommunales Schiff gerissen.

Glücklicherweise haben die **Seenotretter aus Stuttgart** unser SOS-Signal empfangen und sich auf den Weg zu unserem leckgeschlagenen Schiff gemacht. In einem ersten Schritt – und dieser ist sehr wichtig – wird jetzt noch einmal versucht, das Schlimmste zu verhindern. Um weiterhin die maritime Metapher zu benutzen: Die **Leckpumpen sind angeschlossen**, wie lange sie das Schiff über Wasser halten, bleibt abzuwarten.

Das Land und die Kommunalen Spitzenverbände haben sich vor kurzem auf ein Paket verständigt, das die immense Finanznot der Landkreise, Städte und Gemeinden nicht beseitigen kann, aber dennoch zum richtigen Zeitpunkt entlastet.

Allerdings handelt es sich bei einem Großteil der zugesagten Gelder nicht um strukturelle Änderungen, sondern um **Nachzahlungen aus Vorjahren**, also Geld, das bereits vom Land hätte fließen müssen. Das bedeutet: Das Paket verschafft uns zwar einen Moment, um aufzuatmen. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, dass **strukturelle Änderungen** her müssen, damit wir weiter handlungsfähig bleiben.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Wir sind für jede Leckpumpe dankbar. Aber auch die beste Pumpe ist machtlos, wenn die Lecks zu groß sind. Das ist schon eine Erkenntnis aus der Titanic-Katastrophe von 1912. Deshalb müssen schleunigst die Lecks geschlossen und der Schiffsrumpf repariert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Überschrift der Haushaltsrede beschreibt die aktuelle Situation zutreffend. Ich habe mich dagegen entschieden, erneut eine diplomatisch formulierte Bitte in Richtung der Verantwortlichen zu formulieren. Die **kommunale Familie** hat in den zurückliegenden Jahren mehr als nur einmal bewiesen, dass sie ein **starker Partner** ist. Wir haben **während aller Krisen standgehalten** und mit raschen, lösungsorientierten und pragmatischen Ansätzen den sprichwörtlichen **Laden vor Ort am Laufen gehalten**. Als Dank haben wir nur noch weitere Aufgaben aufgedrückt bekommen, ohne hierfür eine ausreichende finanzielle Kompensation zu erhalten.

Unsere in der Vergangenheit artikulierten Hilferufe und Bitten nach mehr Vernunft wurden bislang in vielen Fällen ignoriert. Das ist erschreckend. Um es unmissverständlich zu sagen: Wir haben **kein Erkenntnisproblem**, wir haben **ein Handlungsproblem** und hier meine ich besonders die Bundespolitik. Denn die **Eisberge**, die die Lecks in unser Schiff gerissen haben, **kommen in erster Linie aus Berlin**.

Lassen Sie mich dies anhand der Schwerpunkte des Haushaltsentwurfs etwas näher erläutern:

Sozialetat

Der Sozialetat kennt nur **eine Richtung**, und zwar **steil nach oben**. Die Marke von 100 Millionen Euro haben wir erstmals für den Haushalt 2024 übersprungen. Jetzt, bei der **Haushaltsplanung für das Jahr 2026**, gehen wir trotz der mehr als optimistischen Planung schon von fast **125 Millionen Euro** aus, die für die sozialen Pflichtaufgaben im nächsten Jahr benötigt werden. Im Vergleich zur Planung 2025 bedeutet das ein Plus von 7,1 Millionen Euro.

Dabei gehen wir – mit einer doppelten Portion Hoffnung – von in etwa gleichbleibenden Kosten für die Jugendhilfe und das Jobcenter aus. Auch setzen wir weiterhin auf die **Migrationswende**. Denn die Zahl der zugewiesenen geflüchteten Menschen geht seit diesem Jahr spürbar zurück. Für diesen Aufgabenbereich rechnen wir deshalb für 2026 mit niedrigeren Ausgaben.

Ein großes Aber gibt es trotzdem – Sorgenfalten auf die Stirn treiben mir die Kosten- und Fallzahlenentwicklung besonders in zwei Bereichen: Die Eingliederungshilfe für Menschen mit wesentlicher Behinderung sowie die Hilfe zur Pflege.

Bei den Erträgen sehe ich die gegensätzliche Entwicklung, also eine Verringerung, was den Anstieg der Kostenseite doppelt bitter macht. Die Erträge können selbst bei positivsten Annahmen nur auf knapp 48,5 Millionen Euro kalkuliert werden, was einem Minus von mehr als 5 Prozent entspricht. Das Minus resultiert vor allem aus den niedrigeren Erstattungen infolge sinkender Flüchtlingszahlen.

Das strukturelle **Einnahmedefizit wächst** deshalb voraussichtlich weiter deutlich. Der **Nettozuschussbedarf** im Sozialetat **steigt auf** die erwähnten **76,5 Millionen Euro** an. Das entspricht einem Plus von 14,8 Prozent im Vergleich zum Planansatz 2025. Nochmal: 76,5 Millionen Euro muss der Kreis selbst zuschießen, um die aufgebürdeten sozialen Pflichtaufgaben zu finanzieren.

Offensichtlich ist hier eine **Schiefelage entstanden**, die dringend zu beheben ist. Die Möglichkeiten vor Ort sind jedoch begrenzt. Denn Leistungen, auf die ein individueller Rechtsanspruch besteht, sind zwingend – ohne Wenn und Aber – zu gewähren.

Aber lassen Sie mich einige Sozialleistungen etwas näher beleuchten:

Die **Eingliederungshilfe** für Menschen mit wesentlicher Behinderung ist die finanziell wichtigste Aufgabe im Dezernat für Jugend, Soziales und Gesundheit.

Knapp **1.100 Eingliederungshilfeleistungen** werden jährlich bewilligt, umgesetzt und abgerechnet, Tendenz weiterhin steigend. Rund **44,5 Millionen Euro** sind für das Jahr 2026 eingeplant, das entspricht in etwa einem Drittel des gesamten Sozial Etats.

Bei der Eingliederungshilfe geht es um **Teilhabeleistungen**, beispielsweise um das Wohnen in einer besonderen Wohnform, das Arbeiten in einer Werkstatt für behinderte Menschen, um integrative Leistungen für den Besuch einer Kita oder um Schulbegleitung für behinderte Schülerinnen und Schüler. Auf diese Teilhabeleistungen besteht ein **individueller und einklagbarer Rechtsanspruch**.

Die Eingliederungshilfe für Menschen mit wesentlicher Behinderung wurde über das **Bundesteilhabegesetz** stufenweise ab 2017 grundlegend reformiert – es handelt sich um das größte soziale Reformpaket seit Jahrzehnten in Deutschland.

Aber auch eines der bürokratischsten. Das **Bedarfsbemessungsverfahren** ist **kompliziert und aufwendig!** Die bisher pauschal gehaltenen Leistungen müssen seither als einzelne Teilleistungen entsprechend dem individuellen Bedarf gewährt werden.

Und da bin ich beim eigentlichen Problem: Die Umsetzung des **BTHG** ist gleichzeitig ein **Kostentreiber**. 2019, zum Start des Umsetzungsprozesses, lag der Jahresaufwand für die Eingliederungshilfe im Landkreis bei insgesamt 23,8 Millionen Euro, 2024 lagen die Kosten schon bei 38 Millionen Euro und mittlerweile ist die 40 Millionen Euro-Marke längst gerissen. Hinzu kommen höhere Kosten für mehr Personal.

Selbst eingefleischten **Sozialromantikern**, die offensichtlich **in Mathe früher häufiger gefehlt** haben, sollte anhand dieser Zahlen klar sein, dass hier etwas gewaltig schief läuft.

Aufgrund des **Konnexitätsprinzips** ist das Land zur Erstattung der BTHG-bedingten Mehrkosten verpflichtet.

Immerhin erfolgte zuletzt eine Anpassung der Abschlagszahlungen ab 2023. Ganz aktuell gab es mit der Verständigung über das Paket zur finanziellen Stützung der Kommunen die Zusage, dass im Zuge der Schlussabrechnung der BTHG-bedingten Mehraufwendungen für die Jahre 2022 und 2023 weitere Erstattungen an die Träger der Eingliederungshilfe ausgekehrt werden.

Diese neue Entwicklung ist erfreulich. Aber sie bleibt im Vergleich zu den jeweiligen Aufwendungen der Stadt- und Landkreise dennoch überschaubar. Hier im Landkreis sind für die Jahre 2022 bis 2025 **zehnfach so hohe Leistungen** der sozialen Teilhabe bewilligt worden, **als bisher vom Land erstattet** wurden.

Das zweite dynamisch aufwachsende Aufgabenfeld stellt aktuell die **Hilfe zur Pflege** dar. Zum einen steigen die Kosten der Pflege, insbesondere im Pflegeheim, seit 2024

stark an. **Tarif- und Sachkostensteigerungen**, ein neues Personalbemessungssystem und **steigende Investitionskosten** lassen die Pflegekosten und den Eigenanteil der im Pflegeheim lebenden Menschen enorm ansteigen. In Baden-Württemberg beträgt der **Eigenanteil** ab Juli 2025 im Durchschnitt tatsächlich **3.400 Euro** für jeden Betroffenen.

Da frage ich mich schon: **Wer kann sich das noch leisten?**

Der Leistungszuschlag der Pflegeversicherung, der 2022 eingeführt wurde, um die stationären Kosten abzufedern, hält demgegenüber nicht mehr Schritt. Und mit dem hohen Anstieg des Eigenanteils für die Pflege im Heim sind mehr und mehr Menschen auf Hilfe zur Pflege, mit anderen Worten auf die Sozialhilfe, angewiesen. Dies trifft uns als Landkreis umso mehr, als der Main-Tauber-Kreis einer der Landkreise mit einem sehr hohen Anteil Hochaltriger ist und im Alter bekanntlich das Risiko steigt, pflegebedürftig zu werden.

Deshalb steigen die Fallzahlen und die Kosten in der stationären Pflege. Sie steigen aber auch in der ambulanten Pflege. Sei es, weil die Beträge der Pflegeversicherung nicht ausreichen, oder sei es, weil die Betroffenen keine Leistungen der Pflegeversicherung erhalten und deshalb der Sozialhilfeträger die Pflegekosten vollständig zu tragen hat. Die **Kosten steigen** im Vergleich zum Ergebnis 2024 **um fast 30 Prozent** auf 8,2 Millionen Euro an. Jedoch sind diese Ansätze sehr optimistisch geplant.

Damit entwickelt sich die Hilfe zur Pflege nach der Eingliederungshilfe und der Jugendhilfe zum drittgrößten Ausgabeposten im Sozialetat. Eine Pflegereform und eine Begrenzung der Eigenanteile in der Pflege sind dringend erforderlich.

Bauvorhaben

Für die Abarbeitung unserer Bauvorhaben haben wir in den zurückliegenden Jahren einen konkreten und vor allem umsetzbaren Plan erarbeitet. Die wichtigste Botschaft hier ist: Wie gehen weiter mit **Maß, Mitte und Ziel** vor.

Die **Generalsanierung des Beruflichen Schulzentrums Wertheim** läuft weitestgehend planmäßig. Der Kostenrahmen kann nach aktuellem Stand gehalten werden. Der

Umzug soll wie geplant in den Weihnachtsferien erfolgen. Mit einem Gesamtvolumen von **46,5 Millionen Euro** handelt es sich hierbei um die **größte Baumaßnahme in der Geschichte des Main-Tauber-Kreises**.

Für die **Sanierung der Beruflichen Schulen in Tauberbischofsheim** ist die Planungsphase angelaufen. Für den Haushalt 2026 sind Mittel in Höhe von 130.000 Euro eingeplant. Auch die **Teilsanierung des Turnhallendachs an den Beruflichen Schulen in Bad Mergentheim** läuft planmäßig. Hier planen wir mit **1 Million Euro** für das Jahr 2026.

Für die **Generalsanierung des Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrums in Unterbalbach** wurden die Leistungsphasen eins bis drei vergeben. Derzeit stehen Gespräche über Einsparpotenziale an, denn es wird um jeden Euro gerungen. Die benötigten Mittel belaufen sich auf **mindestens 14 Millionen Euro**. Davon entfallen 2 Millionen Euro auf den Haushalt 2026.

Bei der **energetischen Sanierung des Fraunhofer Instituts für Silicutforschung im Kloster Bronnbach** – einem wichtigen Ankermieter mit 20 Arbeitsplätzen – verzeichnen wir einen planmäßigen Verlauf des **1,6 Millionen Euro**-Projekts.

Sie sehen, wir gehen hier mit Köpfchen ran und arbeiten die Bauvorhaben strukturiert ab. Dass es sich um wichtige Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landkreises handelt, liegt auf der Hand.

Im Haushaltsentwurf 2026 haben wir **1,4 Millionen Euro für den Bauunterhalt** eingepreist. Damit liegen wir deutlich unterhalb der benötigten Mittel. Dringende Sanierungen der kreiseigenen Gebäude müssen aufgeschoben werden, was aufgrund der Haushaltslage aber leider alternativlos ist. Zudem will ich betonen, dass kein Puffer für unvorhergesehene Maßnahmen vorhanden ist. Allein für unaufschiebbare Brandschutzmaßnahmen und die dringend benötigte IT-Verkabelung bei unseren Ämtern am Wellenberg in Tauberbischofsheim werden rund 1 Million Euro benötigt.

Straßen- und Radwegebau

Ich bezeichne die **463 Kilometer Kreisstraßen** stets sinnbildlich als unsere Lebensadern. Um diese **Lebensadern in Schuss zu halten** haben wir uns in den vergangenen Jahren dem Sanierungsstau gestellt und diesen sukzessive über unser Deckenprogramm abgebaut. Da das Deckenprogramm dazu dient, größere Schäden zu vermeiden, haben wir uns dazu entschieden, den Ansatz im Jahr 2026 bei 1,4 Millionen Euro zu belassen. Die Maßnahmen verteilen wir erneut entsprechend deren Priorität über das Kreisgebiet.

Als Landkreis des Radwegebaus sind die Radwege ein wichtiges Aushängeschild für uns. Sowohl aus touristischer Sicht als auch für den Alltagsradverkehr. Da wir aber auch hier auf Sicht fahren müssen, haben wir im Haushalt 2026 rund **206.000 Euro für den Radwegebau und die Radwegeplanung** vorgesehen, davon wird in den kommenden Jahren ein Teil **als Investitionszuschuss vom Land** erwartet.

ÖPNV

Der Main-Tauber-Kreis nimmt beim ÖPNV eine Vorreiterrolle ein. Dafür waren einige Anstrengungen notwendig und das kostet selbstverständlich auch Geld.

Die **Frankenbahn** ist eine **zentrale Verkehrsinfrastruktureinrichtung** für den Main-Tauber-Kreis, deren Fortentwicklung der Raumschaft seit vielen Jahren ein wichtiges Anliegen ist. Aus dem im Dezember 2019 gestarteten Probetrieb wurde zum Fahrplanwechsel im Dezember 2023 ein Regelbetrieb.

Glücklicherweise lagen im zweiten Halbjahr 2023 bis zum ersten Halbjahr 2024 die täglichen Fahrgastzahlen auf dem gesamten Streckenabschnitt bei durchschnittlich über 400 Fahrgästen. Dadurch halbierten sich die Zuschüsse der Landkreise Main-Tauber und Neckar-Odenwald ab diesem Jahr.

Erfreulich ist, dass die Nachfrage auf dem Streckenabschnitt Lauda – Osterburken weiterhin stabil über 400 Fahrgästen pro Kilometer liegt. Leider wurden jedoch im ersten Halbjahr 2025 weniger als 500 Fahrgäste pro Kilometer befördert und somit das Ergebnis des vorangegangenen Halbjahres nicht wiederholt. Aus diesem Grund bleibt der Landkreiszuschuss vorerst weiter bestehen. Dieser beläuft sich für das Jahr 2026

auf 567.000 Euro. In der mittelfristigen Finanzplanung planen wir allerdings mit dem Wegfall des Zuschusses für die Frankenbahn, was beim Erreichen von durchschnittlich 500 Fahrgästen in zwei aufeinanderfolgenden Halbjahren eintreten würde.

Was mich bedenklich stimmt, ist die **Kostenentwicklung beim Linienbusverkehr**. Gemäß einer ersten Einschätzung des VRN werden die Kosten im Zuge der Neuvergabe **um rund 50 bis 60 Prozent ansteigen**. Vor diesem Hintergrund muss die bevorstehende **Ausschreibung mit Augenmaß** vorbereitet werden, um auch weiterhin einen guten und finanzierbaren ÖPNV im Landkreis auf die Straße zu bringen.

Klimaschutz

Dass der Klimaschutz **eines der drängendsten Themen** unserer Zeit ist, sollte mittlerweile jedem bewusst sein. **Starkregenereignisse** machen sich immer häufiger auch in Deutschland bemerkbar und sind ein deutliches Warnsignal.

Bei uns im Main-Tauber-Kreis stand das Jahr 2025 im Zeichen der **Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes**. Mittlerweile ist außer der Datenerhebung zur Aufstellung der Energie- und Klimarelevante-Treibhausgas-Bilanz auch die Potenzialanalyse fertiggestellt. Zudem wurde die Akteursbeteiligung im ersten Halbjahr 2025 vorgenommen. Der Maßnahmenkatalog befindet sich derzeit in der Erstellung.

Im nächsten Schritt soll dieser sowie das Gesamtkonzept fertiggestellt und dem Kreistag zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden. Für 2026 sind bereits erste Projekte aus der Fortschreibung des Klimaschutzkonzept geplant. Zum Beispiel die Ausweitung des Projekts „Kleine Energiedetektive“ an Schulen für die Klassenstufen drei und vier. Bisher lag der Fokus hier auf den Kindertageseinrichtungen und den Grundschulklassen eins und zwei.

Personal

Der Bereich Personal ist ein Spiegelbild für die Herausforderungen der öffentlichen Verwaltung. Ständig zunehmende Aufgaben und damit verbundene Stellenanforderungen wirken sich auf die tägliche Arbeit der Mitarbeitenden aus.

Sie dürfen mir glauben, dass wir bei den Personalkosten ein **sehr engmaschiges Controlling** an den Tag legen. Beim Personalkostenansatz für den Haushalt 2026 wurden **keine zusätzlichen Stellen** berücksichtigt.

Durch die **Tarifabschlüsse** werden die Personalkosten ansteigen. Die tariflichen Steigerungen belaufen sich auf durchschnittlich 2,86 Prozent. Wir werden allerdings Personalansätze zurückzufahren, indem wir einzelne freie Stellen nicht neu besetzen und planen daher im Haushalt mit **Einsparungen von rund 800.000 Euro**. Deshalb erhöht sich das Personalbudget „unter dem Strich“ nur um 1,48 Prozent im Vergleich zum Planansatz 2025.

Krankenhäuser

Nicht unerwähnt lassen möchte ich das Thema Krankenhäuser. Dieses treibt nicht nur uns im Main-Tauber-Kreis bereits seit einiger Zeit um.

Mit dem **Bürgerspital** wurde nun eine Möglichkeit gefunden, den Krankenhausstandort Wertheim aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig wurde damit dem berechtigten Wunsch vieler Bürger nach einem Krankenhaus vor Ort Rechnung getragen.

Dies zieht Kosten nach sich, die zunächst durch die Stadt Wertheim zu tragen sind. Der **Landkreis unterstützt** die Stadt hierbei **mit 625.000 Euro pro Jahr**. Ich freue mich, dass Sie meinem Vorschlag gefolgt sind und diesen Beschluss im Frühjahr mit breiter Mehrheit gefasst haben. Auch in Zeiten einer leeren Kreiskasse war es wichtig, dieses Signal zu senden. Den Betrag haben wir im Haushalt 2026 und der Finanzplanung für die Jahre 2027 und 2028 etatisiert.

Was wir in diesem Zusammenhang nicht aus den Augen verlieren werden, sind die beiden Häuser unserer **Gesundheitsholding Tauberfranken** (GHTF) – das Caritas-Krankenhaus in Bad Mergentheim und das Krankenhaus hier in Tauberbischofsheim. Die Mitarbeitenden machen dort einen tollen Job. Die strukturellen, unverschuldeten Probleme im Krankenhauswesen stellen aber für sie und ihre Familien eine große Herausforderung dar. Allein am Caritas sprechen wir von 1.400 Mitarbeitenden.

Aus diesem Grund ist es mir wichtig, zu betonen, dass wir zu den beiden Häusern stehen und alles dafür tun werden, damit diese nach der Krankenhausstrukturreform **leistungsstark aufgestellt** bleiben. Sie sind der **Grundpfeiler**, damit der Landkreis mit **leistungsfähigen Krankenhausstrukturen** versorgt wird. Daher begleiten wir den Restrukturierungsprozess beim Caritas konstruktiv und engmaschig.

Mein Dank gilt den Mitarbeitenden für ihr großes Engagement auch in dieser schwierigen Zeit sowie den Partnern in der Gesundheitsholding Tauberfranken für das vertrauensvolle Miteinander.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kreisrätinnen und Kreisräte,

unsere oberste Priorität ist, den **Haushalt 2026** zu **stabilisieren**, da wir diesen ansonsten nicht genehmigungsfähig bekommen. Dies geht in meinen Augen nur durch **drei tragende Säulen**:

1. Das Prinzip Hoffnung:

Wir setzen auf das kürzlich vom Land und den Kommunalen Spitzenverbänden verabschiedete Finanzpaket. Wie bereits erwähnt, kann dieses die immense Finanznot der Landkreise, Städte und Gemeinden nicht beseitigen. **Es entlastet aber zum richtigen Zeitpunkt.** Aus diesem Grund sind wir dem Land auch sehr dankbar. Allerdings sind einige Maßnahmen nur von temporärer Natur. Das muss uns allen bewusst sein.

Um diese Entwicklung bereits im Haushaltsentwurf 2026 einzupreisen haben wir die Ansätze, wo diese greifbar waren, entsprechend **positiv eingeplant**. Gleiches gilt für die mittelfristige Finanzplanung in der Hoffnung, dass aus temporären Maßnahmen dauerhafte werden.

Als Beispiel möchte ich hier den **Pro-Kopf-Betrag** nennen. Der vorläufige Haushaltserlass sieht einen Pro-Kopf-Betrag von 989 Euro vor. Da wir optimistisch annehmen, dass dieser nochmals steigen wird, haben wir ihn mit **997 Euro**

eingepreist. Die dadurch generierten Mehrerträge machen sich positiv im Verwaltungsentwurf bemerkbar. Gleiches gilt für die in Aussicht gestellten Mittel für die Schulbegleitungen an den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren. Ob die Entwicklung beim Pro-Kopf-Betrag tatsächlich so eintreten wird, bleibt abzuwarten. Die Signale, die uns hierzu erreichen, ändern sich praktisch täglich. Wir werden gegebenenfalls nicht umherkommen, im Rahmen der weiteren Beratungen noch Korrekturen vorzunehmen.

2. Es ist Zeit, auch bei den Freiwilligkeitsleistungen ein Zeichen zu setzen:

Aus diesem Grund haben wir die **Ansätze überprüft** und wo möglich **gekürzt oder eingefroren**. Mir ist bewusst, dass wir damit nicht den Kreishaushalt retten, aber es geht um ein Zeichen. Selbst ein komplettes Streichkonzert über alle Freiwilligkeitsleistungen des Landkreises hinweg würde nur bedingt helfen, die Schieflage zu beheben.

Vor dem Hintergrund, dass die **Freiwilligkeitsleistungen aufgrund der Unterstützung des Bürgerspitals Wertheim um weitere 625.000 Euro ansteigen** und wir dadurch die 7 Millionen Euro-Marke reißen, war es erforderlich auch hier Einsparungen vorzunehmen.

Das **Gebot der Stunde ist Maß, Mitte und Ziel**. Kein Kahlschlag und bestimmt kein Klima der sozialen Kälte, aber Korrekturen und das Einfrieren auf dem Niveau von 2025 für ausgewählte Ansätze – das sollte möglich sein.

Lassen Sie mich die Maßnahmen an vier Beispielen darstellen: Die Absenkung des Zuschusses zum **Ruftaxi** von 900.000 Euro auf 800.000 Euro, die Reduzierung der Mittel für die **Windelkonzeption** von 160.000 Euro auf 150.000 Euro, das Einfrieren der Fördersumme bei den **Familienzentren** bei 350.000 Euro und die Streichung der **Leistungsprämie für Beamte** von 20.000 Euro.

Ja, diese Maßnahmen werden spürbar sein. Aber, die Leistungen werden weiter umfangreich zur Verfügung stehen und zum großen Teil weiterhin über die Standards in anderen Landkreisen hinausgehen.

3. Es geht nicht ohne eine Erhöhung der Kreisumlage:

Zunächst möchte ich den Blick auf die Ausgangslage richten. **Aktuell** liegt die **Kreisumlage bei 34 Punkten**. Die **mittelfristige Finanzplanung** sieht für das Jahr 2026 eine Steigerung auf 36,75 Punkte vor. Hinzu kommt die im März beschlossene finanzielle Unterstützung des Wertheimer Bürgerspitals, so dass die Kreisumlage in der Finanzplanung im nächsten Jahr auf **37 Punkte** steigt.

Sie dürfen mir glauben, dass in den zurückliegenden Wochen einige Köpfe im Landratsamt geraucht haben, damit es nicht so weit kommt.

Hierfür wurden zunächst alle **Ausgaben auf den Prüfstand gestellt**. Als Beispiel möchte ich die **Sach- und Dienstleistungen sowie die sonstigen ordentlichen Aufwendungen** nennen. Im Vergleich zum Haushalt 2025 wurden hier **mehr als 6 Prozent eingespart**, was eine **Summe von 3,3 Millionen Euro** umfasst. In diesem Zusammenhang möchte ich mich bei allen Ämtern des Landratsamtes für das konstruktive Mitziehen bei dieser **Rosskur** bedanken. Mir ist bewusst, dass die Einsparungen einen großen Kraftakt darstellen und Lücken reißen werden. Das **Vorgehen** ist aber **ohne Alternative**. Hinzu kommen die **Einsparungen im Personalhaushalt in Höhe von 800.000 Euro**.

Einige werden jetzt sicherlich an die gestiegene Steuerkraftsumme der Kommunen denken. Ja, diese würde bei gleichbleibender Kreisumlage zu entsprechenden Mehrerträgen führen. Aber nur, sofern auch alle anderen Parameter unverändert Bestand haben würden.

Allerdings sinken die Schlüsselzuweisungen des Landes aufgrund der höheren Steuerkraftsumme und wegen der niedrigeren Einwohnerzahl aufgrund des Zensus 2022. Unterm Strich bleiben uns daher rund 3,5 Millionen Euro weniger. Ganz zu schweigen von den exorbitanten Steigerungen im Sozialetat sowie den Kostensteigerungen beim Linienbusverkehr.

Dass wir uns über eine Erhöhung der Kreisumlage unterhalten müssen, dürfte für niemanden eine Überraschung sein. Wir haben versucht, diese so gering

wie möglich zu halten. Um dies zu erreichen, haben wir die Einigung zwischen dem Land und den Kommunalen Spitzenverbänden bereits großzügig und sehr optimistisch berücksichtigt. Daher haben wir **bis zur allerletzten Minute gerechnet**. Ob der Optimismus berechtigt war, wird sich noch zeigen müssen.

Ich muss es leider klar sagen: Das Regierungspräsidium hat uns mahnend für die Haushaltsplanung mit auf den Weg gegeben, dass wir zeigen müssen, dass wir das **Ruder herumrumreißen** können. Mit anderen Worten: Wir müssen plausibel darlegen, dass wir nicht das vierte Jahr in Folge weiter in den Keller rauschen. Damit mich niemand falsch versteht: Es geht hier nicht darum, einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen, sondern nur darum, das Defizit auf einem hohen Niveau zu stabilisieren.

Ich schlage Ihnen daher eine **Kreisumlage von 35,65 Punkten** vor. Damit würde diese im Vergleich zum laufenden Haushalt um 1,65 Punkte steigen, sinkt aber um 1,35 Punkte unter die Ansätze der Finanzplanung für das Jahr 2026.

Ich möchte betonen, dass trotz dieser Erhöhung, der Einsparmaßnahmen, der optimistischen Haushaltsansätze sowie der Unterstützung des Landes der **Haushalt 2026** weiterhin ein erhebliches **Defizit von rund 6,6 Millionen Euro** aufweist. Wir sind damit nicht nur an der Grenze, sondern bereits **auf der Grenze zur Genehmigungsfähigkeit**. Das ist ein Balanceakt, den wir bewusst in Kauf nehmen – das müssen wir uns alle in den anstehenden Haushaltsberatungen immer wieder ins Gedächtnis rufen.

Die positiven Zahlungsmittelüberschüsse aus dem Ergebnishaushalt reichen gerade aus, um die Kredittilgungen zu finanzieren. Jegliche **Investitionen** im Jahr 2026 müssen nahezu **komplett fremdfinanziert** werden. Der Schuldenstand steigt daher spürbar an, auf rund 51,3 Millionen Euro. Für die Jahre 2027 bis 2029 ist nochmals ein deutlicher **Anstieg der Verschuldung auf über 70 Millionen Euro im Jahr 2029** eingeplant, da auch in der mittelfristigen Finanzplanung nahezu alle Investitionen durch Kredite finanziert werden.

Wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass **diese Entwicklung nicht auf Dauer so weitergehen kann**. Um es deutlich zu sagen, ich kann mir nicht vorstellen, wie wir in den kommenden Jahren einen genehmigungsfähigen Haushalt aufstellen sollen, wenn nicht signifikante strukturelle Änderungen bei den gesetzlichen Standards kommen.

Ich möchte ein letztes Mal die maritime Metapher vom sinkenden Schiff bemühen: **Das Schiff sinkt, die Pumpen sind angeschmissen**. Wie lang diese das Schiff noch über Wasser halten, hängt in erster Linie nicht von uns ab. Auch auf der Titanic wurde lange eine gute Stimmung suggeriert, weil das Orchester munter weitergespielt hat. Das Schiff ist dennoch gesunken.

Heute vor genau 40 Jahren lief im ZDF die erste Folge der **Schwarzwaldklinik**. Ich erinnere mich noch wie Professor Brinkmann, gemeinsam mit seiner Haushälterin Käti, im Audi durch den romantischen Schwarzwald fuhr und sich auf die Heimkehr in seine geliebte Schwarzwaldklinik freute. Was waren das noch für Zeiten. Viele von Ihnen, ich auch, erinnern sich voller Freude an diese zurück.

Einige politische Entscheidungsträger in Berlin hoffen, dass alles gut enden wird, wie damals bei der Schwarzwaldklinik.

Sie träumen aber! Die Realität ist längst eine andere!

Aus diesem Grund rufe ich den politischen Verantwortlichen zu: **Wacht endlich auf, stellt Euch der Realität und handelt!**

Noch ist es nicht zu spät, die Stimmung ist noch einigermaßen gut und auch das Orchester spielt noch, aber strukturelle Änderungen müssen jetzt kommen, damit unser Schiff es der Titanic nicht gleichtut und sinkt. Aus diesem Grund ergänze ich den Titel meiner Rede „**Das Schiff sinkt**“ um den Zusatz „**Rettung ist noch möglich**“.

Meine Damen und Herren,

hinter uns liegt ein ereignisreiches Jahr. Das erste Sitzungsjahr des elften Kreistags ist gemeistert und ich kann mit Stolz sagen, dass wir den großen Zusammenhalt, den wir uns in den zurückliegenden Jahren erarbeitet haben, in diesem Gremium aufrechterhalten haben. Aber auch der **Zusammenhalt innerhalb der kommunalen Familie** mit ihren 18 Städten und Gemeinden ist ungebrochen.

Gestatten Sie mir zum Abschluss einige Dankesworte: Zunächst bedanke ich mich bei Ihnen, meine sehr geehrten Kreisträtkinnen und Kreisträte, für das gute und vertrauensvolle Miteinander. Danken möchte ich aber auch der gesamten Verwaltung für die engagierte und zuverlässige Aufgabenerledigung und die produktiven Haushaltsdiskussionen – dabei ganz besonders der Kämmerei für die Vorbereitung des Haushaltsentwurfs.

Ich freue mich auf die anstehenden Haushaltsberatungen und den engen Austausch mit Ihnen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!